



Föderale Polizei
Jahresbericht 2012

Kolophon

Verantwortlicher Herausgeber: Eric Cobut (DSI) Rue Fritz Toussaint, 8 in 1050 Ixelles

Redaktionsrat: Roxane Beurang, Gerda De Naer, Céline Delande, Anne-Catherine Dessoy, Benoit Dupuis, Laurence Hubens, Astrid Kaisin, Anne Meerkens, Marylou Nivarlet und Marc Vervaeen der verschiedenen Generaldirektionen und des Generalkommissariats.

Koordination, Nachlesen und Endredaktion: Benoit Dupuis, Stefan Debroux, Philippe Hilligsmann, Tine Hollevoet, Astrid Kaisin, Marylou Nivarlet, Agnes Reis, Caroline Vanhyfte, Dominique Van Ryckeghem

Layout und Fotografie: Jos Balcaen, Caroline Chaidron, Emmanuelle Glibert, Karolien Snyers und Lavinia Wouters.

Übersetzung: Tania Gehlen (DKU Eupen).

Druckerei der föderalen Polizei

Wir möchten all jenen Personen ganz herzlich danken, die an der Erstellung dieses Jahresberichts beigetragen haben. Vielen Dank!

Föderale Polizei

Jahresbericht 2012

**“Gemeinsam,
für eine sichere und
lebenswerte Gesellschaft**

A. NELSON
AFPV

ZUSAMMENFASSUNG

Kapitel 1: 2012, das Jahr der Herausforderungen ... 04

Kapitel 2 : Der Nationale Sicherheitsplan 2012-2015 und die Polizeipolitik ... 06

■ Politische Optionen für die gesamte integrierte Polizei

■ Strategie der föderalen Polizei

Kapitel 3 : Eine Zukunftsvision – der Auftragsbrief der Generalkommissarin ... 10

Kapitel 4 : Mission Statement und Organigramm ... 12

Kapitel 5 : Initiativen und Umsetzungen der föderalen Polizei ... 16

> Die Polizei arbeitet ‘gemeinsam’ ... 17

■ Aktion ‚Regenbogen‘ für die öffentlichen Verkehrsmittel

■ Die polizeiliche Auswahl und Ausbildung: eine unverfälschte Partnerschaft

■ Die Qualität der polizeilichen Ausbildungen

■ Die ‘Tour de France’: das Mannschaftszeitfahren

■ Zerschlagung eines internationalen Waffenschmugglerrings

> Die föderale Polizei bringt einen Mehrwert auf ... 22

■ Streben nach einer internationalen, informationsgeleiteten Polizeizusammenarbeit

■ Polizeiliche Statistiken: zwei bedeutende Fortschritte

■ Verkehrssicherheit: Erfolg über die Quoten hinaus

■ Crime clips: hohe Erfolgsquote dank zahlreicher Klicks

■ Polizeiverbände

> Die föderale Polizei überträgt Verantwortung ... 25

■ Soziale Verantwortung von Unternehmen (SVU): die Zukunft beginnt jetzt!

■ Der Direktionsausschuss, ein Exekutivorgan

■ Finanzverwaltung: die Gegenwart sichern, ohne die Zukunft zu gefährden

> Die föderale Polizei ist proaktiv ... 28

■ Die Logistik: konkrete Planung

■ Die föderale Polizei für ‘Salduz’ bereit

VORWORT

Mit Stolz möchte ich Ihnen an dieser Stelle den Jahresbericht 2012 vorstellen, der die Arbeit aller Mitarbeiter der föderale Polizei veranschaulicht.

In dem Bestreben um Transparenz war es mir ein Anliegen, dass dieses Dokument den Einsatz jedes einzelnen Mitarbeiters reflektiert und auch dem Leser ein deutliches und umfassendes Bild der Polizeiarbeit vermittelt. Aus diesem Grund unterstützte ich den Vorschlag zur inhaltlichen Anpassung und Neugestaltung des Berichts, um auf diese Weise die erreichten Ergebnisse und die ermittelten Daten anhand klarer Erläuterungen besser veranschaulichen zu können. Die Innovationen äußern sich ebenfalls in der angepassten Form des Berichts.

Seit einigen Jahren wird bei der föderalen Polizei aus wirtschaftlichen Gründen und spezifisch zu Sparzwecken das Prinzip des papierlosen Arbeitsumfelds nachgelebt. So wird der größte Teil des Berichts, und hauptsächlich die kommentierten Zahlendaten, elektronisch veröffentlicht. Sie finden diesen Jahresbericht auf der Internetseite **www.jahresbericht.foederalepolizei.be** und im Intranet **Portal/Poldoc**.

Die wichtigsten politischen Leitlinien werden jedoch an dieser Stelle anhand konkreter Beispiele präsentiert und erläutert. Die vorliegende Broschüre wird für die externen Schlüsselpersonen in einer limitierten Auflage gedruckt werden.

Ich möchte an dieser Stelle allen Mitarbeitern danken, die durch ihre Professionalität und ihren Einsatz zur erfolgreichen Arbeitsweise unserer Organisation beitragen haben. Die hier vorgestellten Ergebnisse sind Ausdruck ihrer tagtäglichen Arbeit.

Ich hoffe, dass dieser Bericht Ihnen die Arbeit der föderalen Polizei näher bringt und wünsche Ihnen eine angenehme Lektüre.



Catherine De Bolle
Generalkommissarin

KAPITEL 1



2012,

das Jahr der Herausforderungen

Europa wird schwer von der Wirtschaftskrise getroffen und auch Belgien steht im Jahre 2012 großen Herausforderungen gegenüber. Die Vereidigung der Regierung Ende 2011 hatte zur Folge, dass neue Minister des Inneren und der Justiz ins Amt eingesetzt wurden und dass, aufgrund der Abstimmung zur Einführung der Staatsreform, die institutionelle Landschaft sich veränderte und die Spaltung des Bezirks Brüssel-Halle-Vilvorde beschlossen wurde. Auch die Gemeindewahlen im Oktober führen zu zahlreichen Veränderungen in der belgischen politischen Landschaft, sowohl auf lokaler als auch auf überlokaler Ebene.

Wirtschaftlich hatten wir die Schließung mehrerer Großbetriebe und die Zunahme der Insolvenzanträge, sowie einen entsprechenden Anstieg der Arbeitslosenzahlen zu verzeichnen. Demonstrationen und Streiks häuften sich. Die öffentlichen Dienste wurden nicht verschont. Sie waren und sind auch heute noch strengen Sparmaßnahmen unterworfen, die ihren Handlungsspielraum einschränken.

Auf Ebene der Sicherheit und der Lebensqualität wurde ein Anstieg des Fundamentalismus und der Gewalt in den öffentlichen Verkehrsmitteln beobachtet. Die Gewalt gegen Homosexuelle und Polizisten nimmt zu.

Bedeutende Veränderungen fanden auch bei der föderalen Polizei statt: Amtseinführung der Generalkommissarin im März. Kurzfristig wurde ein neuer Nationaler Sicherheitsplan (2012-2015) für die gesamte integrierte Polizei ausgearbeitet und die Generalkommissarin stellte daraufhin ihre Vision für die föderale Polizei vor.

KAPITEL 2



Der Nationale Sicherheitsplan 2012-2015 und die **Polizeipolitik**

Beginn 2012 stellten die Minister des Inneren und der Justiz dem Ministerrat den Nationalen Sicherheitsplan (NSP) 2012-2015 vor. Der NSP stellt die Grundlage der Polizeipolitik dar und ist für eine Dauer von vier Jahren gültig. Er betrifft alle Bestandteile der Polizei und enthält zwei Teile: der erste Teil ist der allgemeinen Polizeipolitik der integrierten Polizei gewidmet, der zweite beschreibt spezifisch den Beitrag der föderalen Polizei zu Gunsten einer sicheren und lebenswerten Gesellschaft.

Politische Optionen für die gesamte integrierte Polizei

Der Beitrag der Polizeidienste zu Gunsten einer sicheren und lebenswerten Gesellschaft betrifft die Kernaufgaben der Polizei und insbesondere die Schwerpunkte der Polizeiarbeit und der Polizeiverwaltung, bspw. die Verwaltung des öffentlichen Raums und die Verwaltungsinformationen, die bürgernahe Polizeiarbeit, die Straßenverkehrssicherheit, die Kriminalität im Allgemeinen, die vorrangigen Kriminalphänomene und die internationale Polizeizusammenarbeit.

Auf der Grundlage des nationalen polizeilichen Sicherheitslagebilds 2011 und anderer Berichte erhielten gewisse Kriminalphänomene einen höheren Stellenwert: die Phänomene Raubüberfall, Gewalt im öffentlichen Raum (insbesondere in den öffentlichen Verkehrsmitteln und durch städtische Banden verübt), Drogenhandel (insbesondere der Handel mit Kokain, synthetischen Drogen und Cannabis), illegaler Waffenhandel, Terrorismus, häusliche Gewalt und Gewalt gegen Frauen, Menschenhandel (sexuelle Ausbeutung, wirtschaftliche Ausbeutung) und Menschen schmuggel, Computerkriminalität, Betrug (insbesondere der Sozialbetrug, Steuerbetrug und die illegale Abfallbeseitigung), Wohnungseinbrüche und Einbrüche in andere Gebäude.

Verletzungen der körperlichen Unversehrtheit werden vorrangig behandelt. Ebenso die Aufspürung von Vermögensvorteilen, die auf betrügerische Weise erworben wurden (Geldwäsche), so dass diese im späteren Verlauf sichergestellt und eingezogen werden können.

Auf Ebene der internen Arbeitsweise der Polizeidienste wurden einem modernen Personalmanagement, der Informations- und Computerverwaltung, der optimalen Verwaltung und der Optimierung der verfügbaren Mittel, den Innovationen und neuen Technologien, sowie der nachhaltigen Entwicklung den Vorzug gewährt.

Der NSP soll schließlich die politischen und budgetären Zyklen einander angleichen und die tragende Rolle der Direktoren-Koordinatoren der föderalen Polizei stärken, sowie die internen Betriebssysteme verbessern.

Strategie der föderalen Polizei

Der zweite Teil des NSP bezieht sich speziell auf die Strategie der föderalen Polizei auf operativer und organisatorischer Ebene. Dazu gehören die Verpflichtungen der föderalen Polizei gegenüber einer sicheren und lebenswerten Gesellschaft, denn die föderale Polizei spielt eine Führungsrolle beim Vorgehen gegen zahlreiche vorrangige Sicherheitsprobleme und bei der

Entwicklung einer modernen und professionellen Polizeiorganisation. Die entsprechenden Zielsetzungen und Aktionen werden im Rahmen verschiedener Programme der Generaldirektionen der föderalen Kriminalpolizei (DGJ) und der Verwaltungspolizei (DGA) ausgearbeitet.

Die Zentralkontrollstellen der föderalen Kriminalpolizei entwickeln Programme in Bezug auf die vorrangigen Kriminalphänomene. Diese Programme legen den Schwerpunkt auf die Ausarbeitung eines umfassenden Lagebilds zu den Phänomenen, auf eine polizeiliche Reaktion hinsichtlich der Verwendung neuer Technologien durch die Tätergruppen, auf die Verbesserung der Polizeizusammenarbeit und auf die Ermittlungen, bei denen die Beute im Mittelpunkt steht. Auf der Grundlage dieser Programme werden in den Gerichtsbezirken, die von den verschiedenen Problemen betroffen sind, Projekte eingeleitet.

Ferner entstanden bei der Generaldirektion der Verwaltungspolizei drei spezifische Programme: Straßenverkehrssicherheit, Einwanderung und die Verwaltung des öffentlichen Raums.

Die föderale Verkehrspolizei befürwortet die Zielsetzungen der Versammlung aller Hauptakteure der Verkehrssicherheit. Sie leistet einen bedeutenden Beitrag in Bezug auf die verbesserte Sicherheit im Straßenverkehr und führt vermehrt Kontrollen durch, die ihre Sichtbarkeit verbessert. Das gesamte Programm begünstigt die Verbesserung der Qualität und die Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen in Bezug auf die Themen Prävention, Repression und Überwachung.

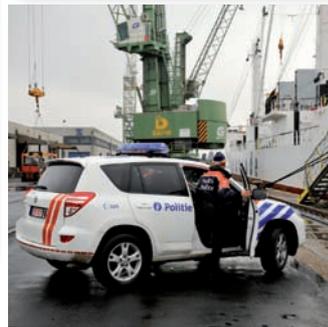
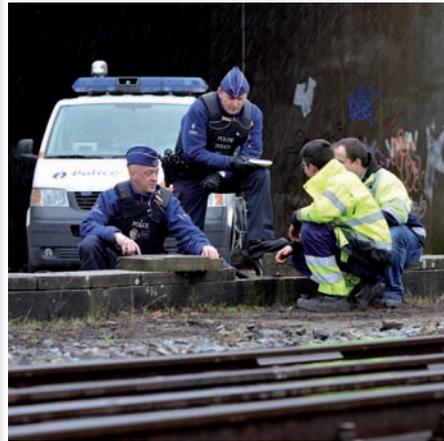
Das Programm Einwanderung organisiert in erster Linie die Arbeitsmethode der Grenzkontrollposten. Es ist ferner ein Abbild der integrierten Arbeitsweise der föderalen Polizei und der Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union. Eine Reihe von Ausbildungen legen den Schwerpunkt auf die Integrität und die Beachtung der Menschenrechte im Rahmen der illegalen Einwanderung.

Die Programme, die im weitesten Sinne die verhandelte Verwaltung des öffentlichen Raums sowie die Ereignisverwaltung betreffen, erfordern eine vorangehende Beratung mit den verschiedenen Partnern. Die ersteinstufigen Dienststellen der DGA spielen daher sicherlich eine Rolle beim Vorgehen gegen das Phänomen der lokalen Störungen.

Die föderale Polizei schenkt der (spezialisierten) Unterstützung und der integrierten Arbeitsweise sowie dem Bereich der internationalen Polizeizusammenarbeit ebenfalls besondere Beachtung.

Im Bereich der organisatorischen Strategie sind die Herausforderungen immens und vielschichtig.

Dank eines modernen Personalmanagements (HRM) möchte die föderale Polizei den Folgen der Überalterung ihres Personals vorgreifen, insbesondere durch den Transfer von Wissen. Der Empfang und die Integration neuer Mitarbeiter, die Motivation, die Entwicklung der Kompetenzen, sowie die Laufbahnverwaltung bilden in diesem Kontext ebenso große Herausforderungen. Es steht außer Frage, dass in den nächsten Jahren und darüber hinaus die Anpassung der Computersysteme und der Informationsverwaltung für die Polizei die wichtigste Herausforderung überhaupt darstellen wird. In diesem Rahmen werden das externe Audit zur Lage und der IT-Masterplan von ausschlaggebender Bedeutung sein. Mit ihrem politischen Strategieprogramm und Programm zur Finanzverwaltung möchte die Polizei die Planung der Haushaltsmittel verbessern und die Finanzprozesse selbst anleiten. Die Einführung von FEDCOM leistet einen Beitrag zur Umsetzung einer professionellen Finanzverwaltung.



KAPITEL 3



Eine Zukunftsvision

der Auftragsbrief der Generalkommissarin

Der Auftragsbrief der Generalkommissarin ist eine Veranschaulichung der Vision, die sie gemeinsam mit dem Direktionsausschuss bestimmt hat, sowie eine konkrete Anwendung der Werte der föderalen Polizei. Er gilt für die Dauer des Mandats der Generalkommissarin, das am 28. Februar 2017 endet.

Die Vision wird anhand von drei strategischen Zielsetzungen und vier transversalen Zielsetzungen veranschaulicht.

Die strategischen Zielsetzungen sind Ausdruck des Strebens der Generalkommissarin nach dem Erfolg der föderalen Polizei. Die Generalkommissarin möchte eine Verbesserung der Professionalität hinsichtlich der von der Organisation angebotenen Dienstleistungen herbeiführen. Im vorliegenden Fall soll der Schwerpunkt auf die grundlegenden Aufträge und die Prioritäten des NSP gelegt werden. Ferner sollte auf die „Diensthaltung“ geachtet werden, die jedes Personalmitglied gegenüber den Bürgern, den Behörden, den Partnern und auch den Kollegen an den Tag legen sollte. Um diese Professionalität zu steigern, hat die Generalkommissarin die Absicht, auch die interne Verwaltung zu verbessern und effizienter zu gestalten. Unter den wichtigen Elementen dieser zweiten Zielsetzung befinden sich die Verbindung zwischen den Tätigkeiten und den Ergebnissen, die Innovationen, die Verwaltung der Innovationen und der Projekte, sowie die Optimierung des Haushalts.

Die Verbesserung der Transparenz der Organisation ist die dritte strategische Zielsetzung. Ein verbessertes und zuverlässiges System der Berichterstattung soll eingeführt werden, effiziente Mechanismen zur Überwachung und Bewertung, sowie eine offene und freie Kommunikation. Zudem soll das Feedback gefördert werden.

Die transversalen Zielsetzungen sind ‚Kernpunkte‘ in Bezug auf die Durchführung der einzelnen strategischen Zielsetzungen und müssen auf allen Ausführungsebenen umgesetzt werden. In anderen Worten ist die föderale Polizei in ihrer Gesamtheit dazu angehalten: **stetig zusammenzuarbeiten, einen Mehrwert aufzubringen, Verantwortung zu übernehmen und proaktiv zu handeln.**

Die Werte der föderalen Polizei auf dem Gelände leben

Im Auftragsbrief der Generalkommissarin sind die strategischen Zielsetzungen in operative Ziele unterteilt, die ihrerseits Ausdruck in Projekte einerseits, und in Aktionen im Rahmen der tagtäglichen Arbeitsweise andererseits finden. Einige erhielten bereits konkrete Fristen. Die transversalen Zielsetzungen oder Schwerpunkte werden ferner durch zusätzliche operative Zielsetzungen gestützt. Ein globaler operativer Plan wird schließlich jedes Jahr ausgearbeitet und später umgesetzt werden. Ein Zeitplan wird ebenfalls festgelegt werden.

Die Generalkommissarin möchte zudem dazu beitragen, dass die Werte der föderalen Polizei auf dem Gelände ‚gelebt‘ werden. Diese Vision kann nur dann Wirklichkeit werden, wenn alle politischen Ausrichtungen den Werten entsprechend definiert werden und die Leiter nach diesen handeln. Diese Situation muss sich erst noch entwickeln, vor allem indem über die Werte während der

Vorgespräche, der Arbeitsgespräche und der Bewertungsgespräche erörtert werden, und auch indem alle Personalmitglieder der Organisation auf Verhaltensweisen aufmerksam gemacht werden, die den Werten zuwiderlaufen. Aus diesem Grund macht die Generalkommissarin die Bedeutung der Werte nochmals deutlich und erörtert, welche Werte Gegenstand einer spezifischen

Vorgehensweise sein werden. Diese Werte sind die Integrität, der Respekt, die Offenheit, die Flexibilität und der Dienstgeist. Die Integrität und die ethische Führung sowie die Diversität werden Gegenstand einer besonderen Vorgehensweise in diesem Rahmen sein.

Die Generalkommissarin erstellt anschließend eine Übersicht über die zur Erreichung dieser Ziele zur Verfügung stehenden Mittel. In dieser Hinsicht wird sie konkret die Herausforderungen veranschaulichen, die im Personal- und Finanzbereich zu überwinden sind. Und schließlich beschreibt sie, wie die Überwachung und Bewertung ihres Auftragsbriefs stattfinden werden. Durch die Durchführung dieses Auftragsbriefs nährt die Generalkommissarin die Zuversicht, dass die föderale Polizei den Wandel vollzieht und eine flexible und moderne Organisation wird, die ein Bewusstsein schafft für die Kosten und die für ihre zuverlässige und professionelle Dienstleistung bekannt und als attraktiver Arbeitgeber anerkannt ist.

KAPITEL 4



Mission Statement und Organigramm

Auftrag

Als Bestandteil der integrierten Polizeidienste und unter der Leitung und Verantwortung ihrer Behörden trägt die föderale Polizei zur Sicherheit und Lebensqualität in der Gesellschaft bei.

In einem nationalen und internationalen Kontext übt sie spezialisierte und überlokale Polizeiaufträge aus und gewährleistet Unterstützungsaufträge zugunsten der Polizeibehörden und Dienststellen der lokalen Polizei.

Sie übt ihre Tätigkeiten aus:

- unter Berücksichtigung der Grundsätze der integrierten Arbeitsweise, der Prinzipien der Spezialisierung und der Subsidiarität;
- in Synergie mit den anderen Partnern.

Vision 2012-2016

Die föderale Polizei möchte grundsätzlich als professioneller und verlässlicher Dienstleister erkannt und anerkannt werden, und dies durch Vermittlung von Transparenz, Zusammenarbeit und Verantwortlichkeit.

Um dieses Ziel zu erreichen, möchten wir gemeinsam mit unseren Mitarbeitern einen konkreten und fassbaren Mehrwert beim Vorgehen im Bereich der Sicherheit und Lebensqualität einbringen.

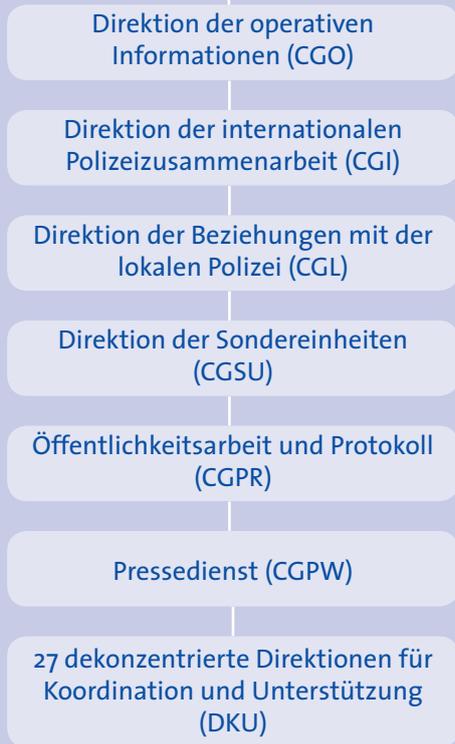
Wir streben eine flexible Organisation an, die in der Lage ist, neue Tendenzen aufzugreifen und zukünftige Herausforderungen zu meistern.

Werte

Um dieses Ziel zu erreichen und im Sinne des Berufskodex und der Werte der integrierten Polizei, handeln wir insbesondere mit:

- Integrität;
- Respekt;
- Offenheit;
- Flexibilität;
- Dienstgeist;
- Stolz.

Generalkommissariat (CG)



Generaldirektion der Verwaltungspolizei (DGA)



Generaldirektion der Kriminalpolizei (DGJ)

Direktion der kriminalpolizeilichen Einsätze (DJO)

Direktion der Bekämpfung der Kriminalität gegen Personen (DJP)

Direktion der Bekämpfung der Kriminalität gegen Güter (DJB)

Direktion der Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkriminalität (DJF)

Direktion der Bekämpfung des organisierten Verbrechens (DJC)

Direktion der technischen und wissenschaftlichen Polizei (DJT)

Dienst der kriminalpolizeilichen Aufträge im Militärwesen (DJMM)

27 dezentrierte Kriminalpolizeidirektionen (FKP)

Generaldirektion Unterstützung und Verwaltung (DGS)

Direktion der Anwerbung und Auswahl (DSR)

Direktion der Ausbildung (DSE)

Direktion der Mobilität und der Personalverwaltung (DSP)

Direktion der internen Beziehungen (DSI)

Direktion des internen Dienstes für Prävention und Schutz am Arbeitsplatz (DSW)

Medizinischer Dienst (DSDM)

Direktion der Infrastruktur und der Ausrüstung (DSM)

Direktion der Ankäufe (DSA)

Direktion der Logistikunterstützung (DSL)

Direktion der Telematik (DST)

Direktion der Finanzen (DSF)

Direktion des juristischen Dienstes, der Streitfälle und der Statuten (DSJ)

KAPITEL 5



Initiativen und Umsetzungen der föderalen Polizei

Die föderale Polizei arbeitet ‚gemeinsam‘, bringt einen Mehrwert auf, trägt Verantwortung und tritt bei ihren Aktionen proaktiv auf.

Die transversalen Zielsetzungen des Auftragsbriefs der Generalkommissarin sind Ausdruck der Kernaufgaben der föderalen Polizei. Sie bilden den Leitfaden für jeden Mitarbeiter und den Grundriss dieses Jahresberichts. Jede transversale Zielsetzung wird durch Initiativen oder Umsetzungen dargestellt, die von der föderalen Polizei im Jahre 2012 wesentlich unterstützt wurden.

› Die Polizei arbeitet ‚gemeinsam‘

Gemeinsam arbeiten bedeutet, ein gegenseitiges Vertrauen zu entwickeln und gemeinsam Anstrengungen zu unternehmen, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen. Die föderale Polizei möchte diese Art der Zusammenarbeit in ihren eigenen Reihen, mit der lokalen Polizei sowie anderen Partnern innerhalb und außerhalb der Sicherheitskette, einführen und fördern.

Aktion ‚Regenbogen‘ für die öffentlichen Verkehrsmittel

SAlässlich des tragischen Todes eines Angestellten der Brüssler Verkehrsgesellschaft STIB im April 2012 ordnete die Ministerin des Innern an, die Sicherheit in den öffentlichen Verkehrsmitteln zur Priorität zu erheben. Sie erließ folgende Maßnahmen:

- Die Bildung einer Task Force ‚Sicherheit in den öffentlichen Verkehrsmitteln‘ für die 19 Brüsseler Gemeinden mit Vertretern der lokalen Polizei, der föderalen Polizei und der STIB zu dem Zweck, den Informationsaustausch zu verbessern und Entscheidungen zu gemeinsamen Aktionen zu fällen;
- Die Verstärkung des Personalbestands der Brüsseler Bahnpolizei (die ebenfalls für das Metronetz zuständig ist) und die Einstellung von 100 zusätzlichen Beamten.

Die föderale Bahnpolizei leitete in der Folge die Aktion ‚Rainbow‘ ein, in deren Rahmen gemeinsam mit allen betroffenen Partnern eine integrale und integrierte Vorgehensweise gegen die in den öffentlichen Verkehrsmitteln herrschenden Sicherheitsproblemen angestrebt wird. Diese Aktion soll die Sichtbarkeit und die Präsenz der Polizei verbessern, sowie ein schnelleres Eingreifen zu

Gunsten der Reisenden, der Geschäftsführer (mit ihren Geschäften in den Metrostationen), sowie der Mitarbeiter der öffentlichen Verkehrsmittel ermöglichen.

Zunächst unterstützte das Einsatzkorps (CIK) der föderalen Polizei die Beamten auf dem Gelände. Später wurden 100 zusätzliche Polizeiinspektoren von den Polizeischulen rekrutiert und eingesetzt.

Neben den Einsatzgruppen geben es noch die so genannten ‚Sondereinheiten‘, beispielsweise das Team AGIL, das gegen Taschendiebe vorgeht.

Die integrale und integrierte Vorgehensweise ist ein für den Erfolg der Rainbow-Aktion ausschlaggebender Faktor. Um die Sicherheitsprobleme in den öffentlichen Verkehrsmitteln in Brüssel angehen zu können, ist es wichtig, dass die Partner zusammenarbeiten, vor allem die STIB, die SNCB, die lokalen Polizeidienste, die anderen Einheiten der föderalen Polizei, die Staatsanwaltschaft Brüssel, die föderalen, regionalen und lokalen Verwaltungsdienste, usw. Der Name der Aktion ‚Rainbow‘ ist ein Symbol dafür, dass eine einzelne Einheit ohne ihre Partner nicht viel erreichen kann, nach dem Prinzip ‚eine einzelne Farbe macht noch keinen Regenbogen‘.

Verbessert wurden neben der Zusammenarbeit auf dem Gelände auch die Einsatzleitung und die Geschwindigkeit der Informationsübermittlung zwischen den Fahrern und den Kontrolleuren der öffentlichen Verkehrsgesellschaften sowie den Polizeidiensten. Eine Hotline wurde zwischen den Einsatzleitstellen der öffentlichen Verkehrsgesellschaften und dem Kommunikations- und Informationszentrum (KIZ) der Polizei eingerichtet. Dieses System ermöglicht die rasche und direkte Kom-

munikation zwischen den Beamten der Verkehrsgesellschaften und der Polizeidienste, so dass die Polizei unmittelbar eingreifen kann, sobald ein Personalmitglied polizeilichen Beistand benötigt.

Das Gesetz zur Regelung der privaten und besonderen Sicherheit wurde angepasst, so dass die Sicherheitsbeamten der öffentlichen Verkehrsmittel nun zusätzliche Befugnisse erhalten und effizienter handeln können, und dies in einem erweiterten und klar definierten Rahmen. Diese Erweiterung der Befugnisse geschah im Einklang mit der Philosophie des bestehenden Gesetzes, das sowohl die Aufträge der Sicherheitsdienste als auch die heutige Rollenverteilung zwischen den Polizei- und Sicherheitsdiensten regelt.

All diese Maßnahmen führten zu positiven Resultaten. Konkret haben diese Aktionen in 2012 (und im Vergleich zu 2011) zu einer Zunahme der Anzahl Festnahmen um 26% geführt. Insgesamt wurden im Jahre 2012 2778 Festnahmen verzeichnet, darunter 761 Festnahmen von Personen mit illegalem Aufenthalt in Belgien.

Seit der Verstärkung des Personalbestands im Jahre 2012 sinkt die Anzahl der ausgestellten Protokolle. Trotz der schwankenden Ergebnisse, beispielsweise durch den Rückgang der Zahl der Reisenden während der Ferienmonate Juli und August, stellt man fest, dass die Anzahl der Taschendiebstähle und der einfachen Diebstähle (60% der verzeichneten Taten in den öffentlichen Verkehrsmitteln) um rund 20% zurückging (gleiche Tendenz wie bei den gewaltsamen Diebstählen). Die Polizeizonen Brüssels bestätigten diese sinkende Tendenz.

Die wohl wichtigste Maßnahme zur Verbesserung der Sicherheit in den öffentlichen Verkehrsmitteln ist die präventive, sichtbare Präsenz von uniformierten Polizeibeamten, die dank des zusätzlich eingesetzten Personals der Einsatzdienste und der föderalen Reserve erreicht werden konnte.

Die sichtbare Präsenz verstärkt das Sicherheitsgefühl der Reisenden und der Mitarbeiter der Verkehrsgesellschaften und wirkt auf mögliche Täter abschreckend. Da eine erhöhte Anzahl Einheiten auf dem Gelände eingreifen, steigen auch die Chancen, Täter auf frischer Tat zu ertappen.

Andererseits können die Polizeibeamten nun auch jeder Kontrolle der STIB in den Metrostationen beiwohnen, wodurch auch das Risiko sinkt, dass Mitarbeiter der STIB bei derartigen Kontrollen angegriffen werden.

Die polizeiliche Auswahl und Ausbildung: eine unverfälschte Partnerschaft

Die Kontakte zwischen den Polizeiakademien und der Direktion für Anwerbung und Auswahl (DSR) haben sich seit der Polizeireform intensiviert und weiterentwickelt. Verschiedene Analysen und Bewertungsstudien der Auswahl- und Ausbildungsverfahren ergaben, dass eine verbesserte Interaktion zwischen diesen beiden Einrichtungen sehr wichtig ist, um die Qualitätsziele in Bezug auf den Einbringung neuer Talente bei der Polizei erreichen zu können.

Zur Umsetzung des Integrationsziels sind ein fortwährender Austausch von Informationen zwischen den betroffenen Dienststellen, als auch eine genaue Kenntnis der für jeden Prozessschritt verantwortlichen ‚Akteure‘ erforderlich. Zu diesem Zweck wurde eine Plattform (April 2011) errichtet, die zahlreiche Partner, Vertreter der föderalen Polizei, der lokalen Polizei sowie der Polizeischulen, einschließt.

Diese Plattform verfolgt zwei wesentliche Zielsetzungen. Zunächst einmal die Schaffung eines Netzwerks innerhalb der Polizeiakademien und der anderen Einrichtungen der polizeilichen Ausbildung und schließlich das Identifizieren von Verbesserungsmöglichkeiten, die den Bedürfnissen aller Partner Rechnung tragen.

Im Hinblick auf die Integration und den Datenaustausch haben die Partner während eines Studenttags versucht zu klären, welche Informationen der Auswahlakte für die Polizeiakademien bei der individuellen Betreuung der angehenden Inspektoren von Bedeutung sind.

Die verschiedenen Workshops ermöglichten es, jene Informationen zu bestimmen, die in einer ‚Eingliederungsdatei‘ vornehmlich aufzugreifen sind (einzeln an jeden Inspektor-Anwärter angepasst). Diese Datei, die seit Juni 2012 für 335 neue Anwärter angelegt wurde, ermöglicht eine individuelle Betreuung des einzelnen Anwärters, sowie die Bewertung und die Verbesserung des Auswahlverfahrens dank der Gegenüberstellung dieser Informationen mit den Endergebnissen des Anwärters bei Abschluss seiner Ausbildung.

Seitdem erhalten alle Anwärter bei der Polizei eine individuelle Betreuung. Zudem wird diese ‚Eingliederungsdatei‘, die während der Ausbildung immer wieder vervollständigt wird, an DSR übermittelt, die diese Informationen nutzt, um das Auswahlverfahren künftiger Polizeiinspektoren verbessern zu können.

Die Qualität der polizeilichen Ausbildungen

Die Bemühungen zur Verbesserung der Qualität der polizeilichen Ausbildungen wurden auch im Jahre 2012 fortgeführt. Im Rahmen der Empfehlungen der inspizierenden Kommissionen, die ihren Abschlussbericht Ende 2011 veröffentlichten, wurde deutlich, dass konkrete Impulse gesetzt werden müssen für die weitere Umsetzung der Leitlinien, die im Rahmen des Projektes Die Polizei, eine lernende Organisation formuliert wurden. Aus diesem Grund gab es einen Schulterchluss des neuen Direktionsausschusses der föderalen Polizei mit dem Büro des Ständigen Ausschusses der lokalen Polizei, um gemeinsam die Leitung und die Fortführung der entsprechenden Aktionspläne zu gewährleisten.

Eine Koordinationsplattform mit Vertretern der föderalen Polizei, der lokalen Polizei und der Polizeischulen wurde ins Leben gerufen, um die Umsetzung der konkreten und integrierten Zielsetzungen im Bereich der Anwerbung, der Auswahl und der Ausbildung zu gewährleisten. Die ursprünglichen Ausrichtungen des Projektes (insbesondere im Qualitätsbereich) wurden beibehalten, jedoch wurden einige Prioritäten in Bezug auf die Grundausbildung kurzfristig angepasst. Diese Entwicklungen werden durch die Projektgruppe geleitet, gemeinsam mit Vertretern der beiden Ebenen der integrierten Polizei und der Polizeischulen, sowie mit Unterstützung externer Sachverständiger aus dem Unterrichtswesen.

Der erweiterte Direktionsausschuss fällte demnach den Beschluss, die Prioritäten der Projektentwicklung kurzfristig auf die Umsetzung eines Grundausbildungsprogramms des Basiskaders auszurichten, dessen wichtigste Elemente folgende sind:

- Profil des Ausbildungsabschlusses: besser an die Bedürfnisse auf dem Gelände angepasst;
- Ausbildungsprogramm: mit Modulen und von einem pädagogischen und genau definierten Hauptziel begleitet, das sich auszeichnet durch seine Flexibilität, seine Vollständigkeit, sowie durch die Autonomie bei der Art und Weise, wie die Schulen das Ziel erreichen;
- Qualität: schrittweise Einrichtung eines Dienstes, der die Polizeischulen dabei unterstützt, auf die Qualität zu achten (auf der Grundlage der Kontrollberichte), sowie eines Qualitätskontrollsystems;
- Ausbilder: Überlegungen zum Thema Schaffung eines 'Ausbilderstatuts', das verbesserte Qualitätsgewährleistungen in Bezug auf die Lehrbeauftragten bietet;
- Praktikum: Einplanung eines sechsmonatigen Praktikums bei Abschluss der Grundausbildung. Dieses Praktikum wird über kurz oder lang vollständig in die Ausbildung integriert werden;
- Lockerung der Regelungen über die Organisation der Prüfungen: Verringerung der offiziellen Verpflichtungen, jedoch verbesserte Qualitätskontrolle im Hinblick auf die vorzuweisenden Kenntnisse.

Diese Punkte sind Gegenstand der vorrangigen Entwicklungen und werden im Jahre 2013 die Grundlage von Gesetzesvorschlägen bilden.



Die 'Tour de France': das Mannschaftszeitfahren



Vom 30. Juni bis zum 2. Juli 2012 wurden in der Wallo-nischen Region sowohl das Auftaktrennen der Tour de France als auch zwei Etappenrennen organisiert.

Die Polizei konnte während des Auftaktrennens in den Straßen von Lüttich und während der Rennen zwischen den Etappenzielen Seraing, Visé und Tournai ihre integrierte Arbeitsweise wieder einmal erfolgreich unter Beweis stellen.

Der Direktor-Koordinator von Lüttich war für die nationale Koordination zuständig und wurde von Kollegen aus angrenzenden, betroffenen Bezirken unterstützt. Jede Polizeieinheit befand sich unter der operativen Leitung der betreffenden lokalen Polizeizone. Nach sechsmonatiger Vorbereitungszeit mit den Partnern (den Organisatoren der Tour de France, den Provinzen, Gemeinden, Rettungsdiensten, dem Straßenbauamt, der Presse und den Gerichtsbehörden) und zahlreiche Ortsbegehungen später, entstand ein effizientes und koordiniertes Sicherheitsaufgebot unter Einbeziehung der Polizeidienste als auch der Rettungsdienste.

Die Sicherheit der Bevölkerung, der Radrennfahrer und der Organisation der Tour im Allgemeinen standen im Vordergrund. Sowohl die Bevölkerung als auch die Sicherheitspartner erhielten ausführliche Informationen über die gesamten eingeleiteten Maßnahmen.

Die Unterstützung der föderalen Polizei wurde gerne angenommen. Hervorzuheben ist vor allem der Einsatz:

- der verschiedenen Kommunikations- und Informationszentren (KIZ),
- der Verkehrspolizei, die das Rennen und die nicht enden wollende Gruppe der Reklamewagen begleitete,
- die verschiedenen Einsatzkorps (CIK), die das Personal der Polizeizonen unterstützten,

- der Bahnpolizei, die die Bahnübergänge sicherte, sowie für die Sicherheit der Radrennfahrer am Bahnhof in Tournai während der 2. Etappe zuständig war,
- der Schifffahrtspolizei, die in Lüttich auf der Maas eingesetzt wurde, wo sie die Sicherheit der rund 300 000 Zuschauer gewährleistete, die sich entlang der Uferpromenaden eingefunden hatten, um dem Auftaktrennen beizuwohnen,
- der föderalen Kriminalpolizei von Tournai und die Abordnung des Königlichen Palastes, die zusätzlich zu den Polizeibeamten der lokalen Polizei für die Sicherheit von König Albert II bei Ankunft der 2. Etappe zuständig waren.

Die Schwierigkeiten, die wirtschaftlichen, sport- und sicherheitsrelevanten Aspekte auf einen Nenner zu bringen, wurden durch Kreativität, aktives Zuhören und eine konstruktive Vorgehensweise aller Parteien überwunden. Beispielsweise mussten riesige, über fünf Meter hohe Figuren durch die Straßen bewegt werden. Elektrokabel waren im Weg, Kreisverkehre mussten geebnet, Straßen eilig asphaltiert, Behelfsvorrichtungen gebaut werden.

In Tournai bildeten die Sicherheitspartner Arbeitsgruppen und schlugen eine Brücke zwischen der Organisation des Ereignisses und dem alltäglichen Leben. Am Tag des Radrennens übernahmen die Einsatzleitstellen der föderalen Polizei erstmals die Einsatzleitung der Rettungswagen sowie des mobilen Rettungsdienstes (MRD). Dank dieser Übersicht über die Gesamtlage konnten die Polizeidienste in Echtzeit kontrollieren und die Rettungsdienste auf optimale Weise eingesetzt werden.

Zerschlagung eines internationalen Waffenschmugglerrings

Nachdem die Polizei Hinweise über einen geplanten illegalen Verkauf von Kriegswaffen in der Region Brüssel erhielt, leitete die föderale Kriminalpolizei (FKP) am 27. Dezember 2011 Ermittlungen ein. Die besonderen Ermittlungsmethoden ergaben, dass ein internationaler Waffen- und Sprengstoffschmugglerring die Fäden zog. Die Kriminellen bezogen die Waffen über in Belgien lebende serbische Staatsbürger und verkauften diese international weiter.

Darüber hinaus ergaben die besonderen Ermittlungsmethoden, dass die Kriminellen für den Monat April 2012 eine Waffenlieferung von Serbien aus planten. Die belgischen Polizeidienste kontaktierten daraufhin die Polizei in Serbien, die vor Ort Telefone abhörte und Observierungen durchführte.

Dank dieser Maßnahmen konnte der Waffentransport von den serbischen, ungarischen, österreichischen, deutschen und schließlich belgischen Polizeibeamten ununterbrochen und diskret überwacht werden.

Die Zusammenarbeit mit den Verbindungsoffizieren war entscheidend: der Verbindungsoffizier in Wien stellte die Kontakte zwischen den serbischen und belgischen Offizieren her, der Verbindungsoffizier in Deutschland beantragte bei den deutschen Kollegen die Durchfahrt des Waffentransports durch das deutsche Staatsgebiet, selbstverständlich unter ständiger Überwachung der deutschen Kollegen.

Weitere internationale Akteure, wie Eurojust, leisteten ebenfalls einen wertvollen Beitrag in dieser Angelegenheit. Die belgische Föderalstaatsanwaltschaft wandte sich an Eurojust, um die Durchfahrt der Waffenlieferung

durch die verschiedenen Staatsgebiete zu beantragen und um verschiedene Beobachtungsmaßnahmen koordinieren zu können. Alle Anfragen erhielten umgehend eine Rückmeldung.

Dank dieser Zusammenarbeit konnte das Fahrzeug bei seiner Ankunft in Brüssel durch die serbischen und belgischen Ermittler abgefangen werden. Gleichzeitig fanden Haussuchungen bei Mitgliedern des kriminellen Netzwerks statt. Mehrere Personen wurden festgenommen.

Die Ermittler konnten 10 Kalaschnikows, 10 Granaten und über 800 Stück Munition sicherstellen. Versteckt waren die Waffen in einer separaten Kammer im Tank.

Rund ein Jahr nach Beginn der ersten Ermittlungen fielen am 21. Dezember 2012 die Urteile. Es wurden Freiheitsstrafen von 30 Monaten bis zu 6 Jahren verhängt.

Diese Ermittlung ist recht bemerkenswert in ihrer Art. Zunächst einmal veranschaulicht sie die enge und erfolgreiche internationale Zusammenarbeit. Die Ermittlung ist außerdem ein erfolgreiches Beispiel für die Bekämpfung des Waffenhandels auf europäischer und belgischer Ebene. Ferner steht diese Ermittlung im Einklang mit den europäischen Prioritäten in Bezug auf die Bekämpfung des Waffenhandels sowie mit dem Nationalen Sicherheitsplan (NSP) 2012-2015 und dessen Schwerpunkt Bekämpfung des Waffenhandels, in dessen Rahmen „die Aufspürung von illegalen Waffen einen besonderen Stellenwert einnimmt und diese Waffen so weit wie möglich sicherzustellen sind, damit sie anschließend konfisziert und die Versorgungswege blockiert werden können“. Diese Ermittlung ist ebenfalls eine praktische Umsetzung der Zielsetzungen, die im Rahmen der Verbesserung und Förderung der internationalen polizeilichen Zusammenarbeit gemäß dem NSP bestimmt wurden.

› Die föderale Polizei bringt einen Mehrwert auf

Die föderale Polizei möchte ihren Mehrwert (ihr Fachwissen, ihre Grundkenntnisse, ihre Spezialisierungen und Sondermittel) verbessern und sichtbar werden lassen und rückt die Innovationen sowie die Nachhaltigkeit in den Vordergrund. Dieser Mehrwert soll auch auf dem Gelände wahrnehmbar sein. Infolgedessen werden die Bewertungen der Tätigkeiten, der Strukturen und der bestehenden Verfahren, unter dem Gesichtspunkt des Mehrwertes angesichts, einerseits, einer professionellen und effizienten Dienstleistung und, andererseits, eines konkreten Beitrags zur Sicherheit und Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft, begünstigt.

Streben nach einer internationalen, informationsgeleiteten Polizeizusammenarbeit

Die föderale Polizei möchte ihre Anstrengungen im Bereich der internationalen Polizeizusammenarbeit nicht nur auf jene Länder und Regionen ausweiten, die eine Bedeutung in Bezug auf die Unsicherheit in unserem Land einnehmen, sondern auch jenen internationalen Entwicklungen Aufmerksamkeit schenken, die bereits heute für ihre Aktivitäten und Arbeitsfelder von Bedeutung sind oder es in Zukunft sein werden. Zu diesem Zweck wird sie sich bei ihren Beschlüssen hinsichtlich ihres Engagements auf Ebene der Prioritäten und Projekte im Ausland in zunehmendem Maße auf eine Analyse der internationalen Sicherheitslage stützen.

Im Jahre 2012 wurde ein erstes Lagebild auf der Grundlage von Indikatoren erstellt, die unter anderem zu den Themen politische Instabilität, internationaler Informationsaustausch, illegale Wirtschaftsströme, Handelsbeziehungen, usw., ermittelt wurden. Obschon diese Studie zukünftig wohl verbessert und angepasst werden wird, konnte bereits so manche Tendenz festgestellt werden, beispielsweise der Einfluss der Anrainerstaaten und der Grenzregionen, die Relevanz der Balkanländer sowie einiger nordafrikanischer und asiatischer Länder. Die Auswertung der gesammelten Daten ergab eine

Klassierung von Ländern, die die Sicherheitslage in unserem Land maßgeblich beeinflussen.

Diese transversale Arbeitsweise wird uns in Zukunft in die Lage versetzen, die Teilnahme an internationalen Aufträgen, gemeinsamen Einsätzen und Initiativen, den Einsatz von Verbindungsoffizieren, die Bildung von bilateralen Abkommen und die Entwicklung phänomenspezifischer Aktionspläne zu optimieren und unsere Behörden spezifischer und zielorientierter beraten zu können. Gleichzeitig werden auf diese Weise unsere internen und auch externen Partner so weit wie möglich einbezogen.

Polizeiliche Statistiken: zwei bedeutende Fortschritte

Die polizeilichen Kriminalitätsstatistiken wurden 2011 in einem Jahresbericht veröffentlicht. Dieser Bericht enthält wesentliche Informationen (bspw. Karten und Grafiken) zur Begriffserklärung in Bezug auf die richtige Deutung der polizeilichen Kriminalitätsstatistiken (www.polfed.be, Kriminalitätsstatistiken). Diese Initiative stellt einen Mehrwert dar hinsichtlich der Transparenz und der Aufspürung von Tendenzen, die in der Polizeipolitik vorrangig behandelt werden. In diesem Sinne werden statistische Berichte (Tabellen und Grafiken) in regelmäßigen Abständen (vierteljährliche Ausgaben, monatliche Barometer) veröffentlicht, so dass das Erfassen der zunehmenden oder rückläufigen Tendenzen der kriminellen Phänomene die Verantwortlichen auf politischer und polizeilicher Ebene dabei unterstützt, ihre Sicherheitspolitik wirksamer zu gestalten.

Im Straßenverkehrsbereich wurde im Rahmen des Nationalen Sicherheitsplans (NSP) ein ganz besonders wichtiges Projekt umgesetzt. Dabei handelte es sich um die Bereitstellung von Zahlenmaterial zur 'Sichtbarkeit' der Verkehrspolizei und insbesondere um eine Übersicht in Stunden der Präsenz der Fahrzeuge der föderalen Polizei auf den Hauptverkehrsachsen. Das Datenmaterial wurde in Tabellen und auf Karten veranschaulicht. Dieses Projekt wurde in dem Streben nach einer Optimierung

der Verwaltung der Einsätze bezüglich der Sicherheit auf unseren Straßen durchgeführt.

Die Daten stammten jeweils aus der allgemeinen nationalen Datenbank (AND, Quelle), den Datenbanken der Kommunikations- und Informationszentren (KIZ) und der Anwendung ‚Galop‘ (Personalverwaltung).

Bei der Erstellung der Statistiken und der Analysen ist es üblich, dass die Vollständigkeit und Qualität der Informationen an der Quelle geprüft werden. Aufgrund dieser Vorgehensweise konnte festgestellt werden, dass gewisse Ungenauigkeiten einen bedeutenden Einfluss auf die Qualität der Berichte haben oder haben können und dass diese Ergebnisse nicht nur wichtig sind für die Informationsverwaltung, sondern ebenfalls für die einsatzbezogene Arbeit.

Der Rhythmus, in dem Daten durch die Polizeikörper in die ANB eingespeist werden, die Schwierigkeiten hinsichtlich des Bestehens eines ‚Unterstützungsdatenbank‘, die Ungenauigkeiten der Informationen über die Opfer, die Wahlfreiheit bei der Eingabe von Daten in gewisse Anwendungsfelder, sowie die Probleme bei geografischen Informationen... all diese Themen wurden angesprochen und sind Gegenstand der Verbesserungsprojekte, mit denen sich die Arbeitsgruppe im Jahre 2013 eingehend beschäftigen wird.

Verkehrssicherheit: Erfolg über die Quoten hinaus

Die Verkehrssicherheit ist für die föderale Polizei weiterhin ein vorrangiges Thema. Die föderale Verkehrspolizei leistete in diesem Zusammenhang wohl einen der bedeutendsten Beiträge. Die Ergebnisse für 2012 sind zufriedenstellend: die Zahl der Personen, die auf den Autobahnen und gleichgestellten Schnellstraßen tödlich verunglückten, sank von 134 Personen in 2011 auf 113 Personen in 2012. Die Verkehrspolizei schreibt dieses Ergebnis vor allem dem Zusammenspiel von präventiven und repressiven Maßnahmen sowie der verbesserten Zusammenarbeit mit den Partnern zu.

Trotz der Schwierigkeiten, den Personalbestand zu halten, ein Problem, das auch die föderale Verkehrspolizei betrifft, konnte sie die Anzahl Kontrollen in Bezug auf die drei wichtigsten Verkehrssicherheitsmaßnahmen (Fahren unter Einfluss, Geschwindigkeit und Sicherheitsgurt) noch steigern. Sie konnte während der letzten drei Jahre die von den Behörden auferlegten ehrgeizigen Auflagen für die Alkoholkontrollen (240 000 Atemtests) einhalten und diese sogar überschreiten (270 875 Atem-

tests in 2012). Außerdem arbeitet die Verkehrspolizei an einer verbesserten Sichtbarkeit ihrer Mitarbeiter auf dem Gelände.



Ferner trug die verstärkte Mitwirkung der Partner auf dem Gelände der Verkehrspolizei zu dem Rückgang der Anzahl der tödlich Verunglückten bei. Die Partner sind in diesem Fall unter anderem die Regionen, der Föderale Öffentliche Dienst (FÖD) Mobilität und das Belgische Institut für Verkehrssicherheit (BIVS). Die Regionen etwa haben in zahlreiche Mittel investiert, die von der Verkehrspolizei eingesetzt werden, beispielsweise in automatische Kameras, Fahrspurkontrollsysteme und ‚weigh in motion‘-Systeme. Der FÖD Mobilität ist auch weiterhin im Rahmen gesetzgebender Projekte engagiert und das BIVS war zum wiederholten Male eine große Unterstützung im Rahmen der aktuellen Präventionskampagnen und der präventiven Arbeitsweise. Die Verkehrspolizei konnte rund 6 535 verkehrserzieherische Präsentationen in Schulen und Betriebe organisieren.

Die Verbesserung der Verkehrssicherheit geschieht auch über eine engere Zusammenarbeit mit der lokalen Polizei. Das Fach- und Expertisenzentrum für Straßenverkehr Centrex kann heute auf ein weit reichendes Netzwerk von Sachverständigen bei der föderalen als auch bei der lokalen Polizei zurückgreifen und liefert in beständiger Weise fachliche Ratschläge und Unterstützung. In 2012 wurden 942 Beratungen getätigt, darunter mehr als 43% zu Gunsten der lokalen Polizei, 28% zu Gunsten der föderalen Polizei und 23 % zu Gunsten der Behörden. Inhaltlich ging es vor allem um die Beantwortung parlamentarischer Fragen, um juristische Beratungen, um den Versand von Dokumentation, um einsatzbezogene Verfahren und um Statistiken.

Crime clips: hohe Erfolgsquote dank zahlreicher Klicks



Seit der Einführung der Crime Clips im April 2011 gibt es immer mehr Bürger, die sich diese Clips ansehen. Im Schnitt werden die Clips einmal pro Woche gesendet und tragen tatsächlich zur Aufdeckung und Aufklärung von Straftaten bei. Im Jahre 2012 konnten von insgesamt 36 veröffentlichten Crime Clips 22 dazu beitragen, den oder die Täter zu identifizieren. Dies entspricht einer Aufklärungsrate von 61%.

Für diesen Erfolg sind verschiedene Faktoren verantwortlich, zunächst einmal das Produkt selbst. Es handelt sich um einen Zeugenaufruf in der Form eines Videos mit Ausstrahlung der Fotos und Videomitschnitten von Überwachungskameras, auf denen die Täter zu sehen sind. Eine Stimme im Hintergrund erklärt den Tathergang. Manches Mal werden weitere Bilder und Fotos eingeblendet, die erklären, welche Strecke der Verdächtige zurückgelegt hat. Die Crime Clips erzählen auf visuelle Weise eine vollständige Geschichte zur Straftat.

Auch der ungewöhnliche Weg der Verbreitung der Clips ist für den Erfolg der Crime Clips verantwortlich. Zunächst wurden die Crime Clips von der VRT, der RTBF und anlässlich der Reportage 'Enquêtes' von RTL-TVi ausgestrahlt. Sie wurden ebenfalls auf der Startseite der föderalen Polizei veröffentlicht, um ein breiteres Publikum anzusprechen.

Um die Zahl der Klicks zu steigern und andere Zuschauerkreise anzusprechen, wurden die Crime Clips ebenfalls über Twitter und Facebook veröffentlicht (was vor allen Dingen die jüngeren Zuschauer ansprach). Bis heute wurden die Crime Clips über eine Million Mal angeklickt und angesehen.

Polizeiverbände

Im Jahre 2011 beantragte der Gouverneur der Provinz Flämisch-Brabant die Unterstützung der Ministerin des Inneren, um ein Projekt zur Zusammenarbeit zwischen den Polizeizonen in Flämisch-Brabant ins Leben zu rufen. Auf Ersuchen der Ministerin stellte die Generalkommissarin der föderalen Polizei Kapazitäten für dieses Projekt bei der Direktion der Beziehungen mit der lokalen Polizei (CGL) zur Verfügung. Der Gouverneur der Provinz Limburg übermittelte im Jahre 2012 eine ähnliche Unterstützungsanfrage. Gewährt wurde die Unterstützung auf verschiedenen Ebenen.

Zunächst wurde eine Studie auf Ebene der Korpsleiter in Flämisch-Brabant durchgeführt zum Thema Zusammenarbeit, Zusammenschluss oder Fusion der Polizeizonen. Die Ergebnisse dieser Studie wurden den Korpsleitern während der Bezirkskonzertierung, sowie den Bürgermeistern von Flämisch-Brabant vorgestellt.

Während der Debatten zum Thema Zusammenschluss der Polizeizonen TARL (Affligem – Liedekerke – Roosdaal – Ternat) und AMOW (Asse – Merchtem – Opwijk – Wemmel) wurde eine Verfahrensbegleitung und eine fachliche Begleitung in Bezug auf die verfahrensorientierte Arbeit und auf die Finanzverwaltung gewährleistet. Dieses Vorgehen führte zu einer strukturellen und nachhaltigen Zusammenarbeit und später zu einem Rahmenabkommen mit gegenseitigen Rechten und Pflichten. Eine ähnliche Unterstützung wurde in Bezug auf die Machbarkeitsstudie hinsichtlich der Fusion der Polizeizonen Beersel, Dilbeek, Halle und Sint-Pieters-Leeuw gewährt.

Unterstützung in Form eines Finanzgutachtens wurde ebenfalls gewährt, um die Entwicklung der Gemeindegeldotationen im Rahmen des Anstiegs der Pensionsbelastungen erfassen zu können.

Schließlich wurde auf Ersuchen des Korpsleiters von Lanaken/Maasmechelen ein Jahr nach der Fusion eine EFQM-Bewertung erstellt, die die wichtigsten Verbesserungswege aufzeigen sollte. Zu diesem Zweck wurden verschiedene Personen zwecks Unterstützung herangezogen:

ein Korpsleiter, ein Mitarbeiter der Abteilung Politik aus einer Polizeizone, ein Prozessbegleiter der Provinz, zwei Mitarbeiter der föderalen Polizei und ein Kollege des 'Kwaliteitsbureau' der Niederländischen Polizei.

› Die föderale Polizei überträgt Verantwortung

Die föderale Polizei möchte ein Klima des Vertrauens schaffen, indem sie Kompetenzen und Aufgaben überträgt, so dass jeder Mitarbeiter und Leiter ein Gefühl des Mitwirkens und der Verantwortung erfährt. Jeder wird von nun an seine Verantwortlichkeiten im Rahmen seiner ihm übertragenen Aufgaben, seiner Haltung und seiner Verhaltensweise wahrnehmen. Die Mitverantwortung ist ebenfalls eine Frage des moralischen Mutes: den Mut, Entscheidungen zu fällen, Feedback zu geben, schwierige Nachrichten mitzuteilen und die legitimen Erwartungen seiner Kollegen und Mitarbeiter zu verteidigen.

Soziale Verantwortung von Unternehmen (SVU): die Zukunft beginnt jetzt!

In ihrem Streben nach einer sicheren und lebhaften Gesellschaft und unter dem Gesichtspunkt ihrer gesellschaftlichen Vorbildfunktion begann die Föderale Polizei im Jahre 2012 damit, die SVU-Politik verstärkt zu integrieren und umzusetzen. Angetrieben wird sie in dieser Hinsicht von sowohl sozialen, ökologischen, ethischen als auch wirtschaftlichen Argumenten. Die SVU in den Vordergrund zu rücken ist auch ein Ausdruck der positiven Haltung der Organisation in einer Zeit, in der negative Nachrichten an der Tagesordnung sind und der Pessimismus manches Mal die Oberhand zu gewinnen scheint. Bürger, private Organisationen, Betriebe und Behörden unternehmen gemeinsame Anstrengungen in Richtung nachhaltige Entwicklung.

Eine Organisation, die der SVU-Politik ausreichende Beachtung schenkt, ist eine Organisation, die den kommenden Generationen und ihren Bedürfnissen aufgeschlossen ist. Die föderale Polizei ist bestrebt, eine nachhaltige SVU-Politik in die Organisation zu integrieren und auch ihre allgemeine Politik entsprechend anzupassen.

Unter SVU – soziale Verantwortung von Unternehmen versteht die föderale Polizei, dass dem Konzept der Nachhaltigkeit eine strukturelle Form verliehen wird, indem auf ein Gleichgewicht zwischen den polizeilichen Ergebnissen ('profit' oder polizeilicher Mehrwert/gesellschaftlicher Nutzen), den Interessen der Bevölke-

rung ('people') und der Umwelt geachtet wird ('planet'). Es geht um die Wahl, die die Organisation trifft bei der Art und Weise, wie sie ihre Ergebnisse erreichen möchte und ihre interne Arbeitsweise organisiert – so ethisch, sozial und ökologisch wie möglich – als auch wie sie Initiativen einleitet oder sich in Verbänden aus einer gesellschaftlichen Betroffenheit heraus einsetzt.

Innerhalb der föderalen Polizei entstanden in den vergangenen Jahren zahlreiche interne Initiativen, Aktionen und Projekte zum Thema soziale Verantwortung von Unternehmen, jedoch ohne übergreifende Vision. Die föderale Polizei übernahm die Aufgabe, gemeinsam mit allen betroffenen Partnern, eine Übersicht über die zahlreichen SVU-Initiativen und SVU-Zielsetzungen zu erstellen. Die ‚soziale Verantwortung von Unternehmen‘ ist auf langfristige Ziele ausgelegt, was eine langfristige Planung und auch Vorbereitung auf Ebene des Personalmanagements (HR), im Rahmen der Mobilität und der Einkaufspolitik, sowie einen bewussten Umgang mit Energien, Rohstoffen, Abfällen, etc., voraussetzt. In dieser Hinsicht sind die Haltung und Einbeziehung der leitenden Beamten, als auch der Mitarbeiter von wesentlicher Bedeutung. Die SVU ist immer auch eine Frage der kulturellen Einstellung.

Nachstehend finden Sie einige konkrete Initiativen und Aktionen, die im Rahmen der Bereiche 'people', 'planet' und 'profit' eingeleitet wurden.

Im Bereich des Personalmanagements (people) verfügt die Polizei über eine Dienststelle ‚Gleichheit und Diversität‘, die ‚politische‘ Initiativen auf dem Gebiet der Diversität unterstützt und konkrete Aktionen und Projekte entwickelt.

Im Jahr 2012 wurde die ‚Task force Gender‘ (auf Initiative der Ministerin des Inneren) ins Leben gerufen, um die Gleichstellung von Männern und Frauen innerhalb der Polizeidienste zu fördern. In diesem Rahmen wurden unter anderem Maßnahmen eingeleitet zur Unterstützung der beruflichen Karriere von Frauen, beispielsweise wurden Wachstumsmöglichkeiten für Frauen zu Gunsten des Aufstiegs in höhere Kaderfunktionen eröffnet und Möglichkeiten der Work-Life-Balance, des Ausgleichs zwischen Arbeit und Privatleben, geschaffen.



Die föderale Polizei integriert ihre Diversitätspolitik in ihre normalen Personalmanagementsprozesse und trägt ihr im Rahmen der Auswahl, der Anwerbung, der Ausbildung sowie der Mobilität des Personals Rechnung. Sie ergriff ebenfalls Initiativen, um die Sportprüfung bei der Anwerbung neuer Rekrutinnen anzupassen, nahm an Programmen der EU zum Thema Diversität teil, usw. Auch werden Investitionen getätigt zu Gunsten von Ausbildungen zu den Themen Diskriminierung, Rassismus und Menschenrechte.

Im Bereich ‚planet‘ berücksichtigt die föderale Polizei bei der Auswahl neuer Gebäude oder der Renovierung bestehender Gebäude den ‚ökologischen Aspekt‘. Es bestehen demnach eine Reihe von Mindestanforderungen, die ein Gebäude in ökologischer Hinsicht erfüllen muss. Unter anderem geht es um einen vernünftigen Umgang mit Energien. Beispielsweise werden Glühbirnen durch Sparlampen ersetzt, Wassersparvorrichtungen werden vorgesehen, es wird vermehrt recycelt.

Es wurden Maßnahmen eingeleitet, um den Benzinverbrauch von Polizeifahrzeugen zu senken: das Werben für Fahrzeuge, die sparsam im Verbrauch sind, Aktionsplan ‚Höchstwerte Feinstaubbelastung während des Winters‘, Ausbildung ‚Ecodrive‘ zur Sensibilisierung der Mitarbeiter für ein ökologisches und wirtschaftliches Fahrverhalten, usw.

Das Recycling von Logistikmaterial und Logistikmitteln ist ebenso ein Schwerpunkt.

Unter dem Gesichtspunkt einer nachhaltigen Mobilität wurden ebenfalls spezifische Initiativen eingeleitet. Beispielsweise wurde eine Studie betrieben, die die Fahrtstrecken der Mitarbeiter der föderalen Polizei erfasste (Fahrt von der Wohnung zur Arbeit sowie Dienstreisen). Aufgrund der entsprechenden Regelungen in Brüssel wurden für die neun großen Niederlassungen, die mehr als hundert Personalmitglieder zählen, Betriebsverkehrspläne erstellt. Auch wurden Investitionen im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit den externen Mobilitätskoordinatoren getätigt, um den Personalmitgliedern eine verbesserte Dienstleistung zur Verfügung stellen zu können.

Der Beitrag der föderalen Polizei im Bereich ‚profit‘ äußert sich durch eine Vertretung im Netzwerk ‚EMAS‘ (Eco-Management and Audit Scheme) und in der Arbeitsgruppe ‚Nachhaltige Behördenaufträge‘. Die Auswirkungen der Einkäufe (soziale, ökologische und wirtschaftliche Aspekte) auf die SVU-Politik werden geprüft und die föderale Polizei strebt strategische Partnerschaften an, um gemeinsam große Ausschreibungen zu tätigen und dadurch Kosten einzusparen.



Schließlich erstellt die föderale Polizei einen Mehrjahresinvestitions- und –betriebsplan, um, beispielsweise, den Einkauf von Logistikmitteln besser planen zu können und die Kosten im Bereich der Informatik und der Telefonie zu senken. Zudem strebt unsere Organisation die Verbesserung der Prozesse auf Ebene des Personalmanagements, der Logistik und der Finanzen an.

Der Direktionsausschuss, ein Exekutivorgan

Von Beginn ihrer Amtseinführung an handelte die Generalkommissarin in dem Bestreben, dem Direktionsausschuss der föderalen Polizei einen amtlichen Charakter zu verleihen und jedem Generaldirektor das Gefühl zu vermitteln, einbezogen zu sein und Mitverantwortung zu tragen. In diesem wöchentlich zusammentretenden Direktionsausschuss sind sowohl die Generalkommissarin als auch die drei Generaldirektoren (die bei ihrer Arbeit jeweils von einem oder mehreren Beratern unterstützt werden) vertreten. Die Mitglieder des Direktionsausschusses vertreten nicht nur die Interessen ihrer eigenen Einheit und Direktion, sondern sind mitverantwortlich für die vorschriftsmäßige Arbeitsweise der gesamten föderalen Polizei.

Dieses Exekutivorgan bestimmt die allgemeine Strategie und achtet darauf, dass die Entscheidungen eines einzelnen Mitglieds, die Auswirkungen auf die anderen Einheiten haben könnten, im Einvernehmen mit den anderen Partnern gefällt werden. Es wird regelmäßig eine Tagesordnung erstellt und unterschieden zwischen den Punkten, die ratifiziert und diskutiert werden müssen oder nur informationshalber mitgeteilt werden. Die behandelten Themen sind vielfältig. Es geht beispielsweise um die Haushaltslage, die Überwachung der Programme des nationalen Sicherheitsplans (NSP), um das Thema Diversität, den Mehrjahresplan in Bezug auf die Bedarfsermittlung bei der Polizei, die Kommunikation, usw. Um die Transparenz zu gewährleisten und die Mitarbeiter über die angestrebte Politik zu informieren, werden die Sitzungsprotokolle des Direktionsausschusses über Intranet (Poldoc) veröffentlicht.

Der erweiterte Direktionsausschuss (Einbeziehung des Büros des Ständigen Ausschusses der lokalen Polizei CPPL) umfasst, neben den Mitgliedern des Direktionsausschusses der föderalen Polizei, den Vorsitzenden, die drei Vizepräsidenten und den ständigen Sekretär der CPPL. Sie versammeln sich rund alle sechs Wochen mit dem Ziel, die integrierte Arbeitsweise zu optimieren und

fällen in dieser Hinsicht wichtige Entscheidungen in Angelegenheiten gemeinsamen Interesses (Anwerbung, Ausbildung, Ausrüstung, Computersysteme). Das Sitzungsprotokoll wird den Mandataren der integrierten Polizei über den Newsletter ‚Summary News‘ zugesandt.

Finanzverwaltung: die Gegenwart sichern, ohne die Zukunft zu gefährden

Ein Einblick in die der föderalen Polizei gewährten Haushaltsmittel (ohne Berücksichtigung der Inflation oder der Indexierung) lässt erkennen, dass das Budget der föderalen Polizei in den letzten Jahren bestenfalls gleich geblieben ist. Und dies auch nur in einigen wenigen Bereichen.

Die Krise ist angekommen. Die Föderalregierung ist gezwungen, ihre Ausgaben zu senken, selbst in jenen Bereichen, die von Sparmaßnahmen eigentlich hätten verschont werden sollen. Die Polizei ist eine dieser Sparten, die von den Kürzungen im öffentlichen Haushalt betroffen sind.

Der Handlungsspielraum der Polizei ist aufgrund dieser Kürzungen stark eingeschränkt. Dies macht sich auf Ebene der Investitionen bemerkbar, die nun nicht getätigt werden können, sowie in den Bereichen Personalmanagement und Betriebsleitung. Auch hier sind die Sparmaßnahmen spürbar.

Die Lage wird dadurch verschlimmert, dass die bereitgestellten Mittel häufig Gegenstand einschränkender Maßnahmen sind (Haushaltswänge, Einfrieren von Geldern, Zunahme von Kontrollmaßnahmen). Diese Politik führte zu einer unzulänglichen Mittelausschöpfung [20,090 Millionen in Zahlungsmitteln (gedeckte Kredite) jedoch vorwiegend 53,146 Millionen in Aussicht für Verträge mit Lieferanten (Mittel für Verpflichtungen)]. Diese unzulängliche Mittelausschöpfung ist vom jetzigen Standpunkt aus gesehen sicherlich ein interessanter Aspekt in Bezug auf die Finanzen und Konten des Staates. Man muss sich jedoch vor Augen halten, dass diese Situation bereits morgen neue Probleme hervorrufen könnte.

Aufgrund dieser Lage beschlossen die politischen Behörden und die Direktion der föderalen Polizei, ab dem zweiten Quartal 2012, an einem gleichen Strang zu ziehen – die Gegenwart zu sichern, ohne die Zukunft zu gefährden – und gemeinsam nach Möglichkeiten zu suchen, die Tätigkeiten der Polizeiarbeit zu optimieren und zu rationalisieren, und diese Möglichkeiten im Anschluss auch konkret auszuschöpfen.

› Die föderale Polizei ist proaktiv

Die föderale Polizei möchte diesen Herausforderungen und den sich eventuell auftretenden Problemen vorgreifen. Folglich sollte sie versuchen, alle Gelegenheiten, die sich ihr bieten zu nutzen oder, im Falle neu entstandener Probleme, innovative Lösungen zu finden. Sowohl die Organisation als auch jeder Einzelne sind dazu angehalten, dieses Verhalten an den Tag zu legen.

Die Logistik: konkrete Planung

Die Unterstützungstätigkeiten (Finanzen, Haushaltsführung, Personalmanagement und Logistik) sind für die erfolgreiche Arbeitsweise der föderalen Polizei unabdingbar.

Um die Zufriedenheit der Kunden (Einheiten der integrierten Polizei) maßgeblich zu verbessern, wurden die logistischen Prozesse erfasst, die Hauptfunktionen aufgezeigt (Planung des Bedarfs, des Einkaufs, des Verkaufs, der Verwaltung und der Wartung/des Unterhalts) und jene organisatorischen Elemente zusammengefasst, in deren Rahmen Aktionen unbedingt erforderlich sind (strukturelle Veränderungen, Neuaufstellung der Dienststellen, ...).

Eine derartige intellektuelle Übung macht jedoch nur dann Sinn, wenn sie auch konkrete Lösungen anbietet. So ist ein erster Entwurf des Mehrjahresinvestitionsplans und –betriebsplans für das Jahr 2013 vorgesehen. Dieser Plan unterstützt den Direktionsausschuss dabei, die Hauptschwerpunkte für die Bereiche Investitionen und Betriebsführung für das Haushaltsjahr 2014 zu bestimmen und eine sowohl interne als auch externe Informationsauskunft in dieser Hinsicht zu gewährleisten. Er wird es auch ermöglichen, den Einfluss der Investitionsstrategie in Bezug auf die von den politischen Behörden gewährten Finanzmitteln zu messen und die Prioritäten in Übereinstimmung mit dem Nationalen Sicherheitsplan (NSP) zu bestimmen. Gespeist wird er durch die föderalen Logistikverwalter und insbesondere durch bestätigte Daten bezüglich des Vermögens der föderalen Polizei.

Für eine ‚optimale Logistikverwaltung‘ sind ferner klare und eindeutig Verwaltungsregeln erforderlich, die es den Verantwortlichen (föderalen Logistikverwaltern) ermöglichen, standardmäßig und kohärent zu han-

deln und dies auf der Grundlage eines Bezugssystems mit ‚Richtlinien‘, die alle Bereiche betreffen: Fahrzeuge, Konsumprodukte, Möbel, Computermaterial und Telekommunikation (Handys, Smartphones und Funkverbindungen ASTRID). Dieses Bezugssystem schließt die Grundsätze der logistischen Vision ein, vor allem die soziale Verantwortung von Unternehmen (SVU).

Diese Richtlinien werden zurzeit erstellt. Dadurch werden die bestehenden dienstlichen Kontakte zwischen den föderalen Logistikverwaltern und den operativen Einheiten in einem transparenten Normenkatalog für die Behörden der föderalen Polizei zusammengefasst.

Schließlich gehört im Jahre 2013 auch die Kontrolle



des Vermögens der föderalen Polizei (Inventur) zu den Hauptzielen. Um unseren Verpflichtungen gegenüber den Kontrollbehörden (Rechnungshof, Finanzprüfer) nachzukommen, wird ein Inventar des Materials angelegt und die Finanzverwaltung der Anlagevermögen durch das FEDCOM-System übernommen. Diese Kontrolle trägt ebenfalls zur Kohärenz des Mehrjahresinvestitions- und –betriebsplans bei.

Dieses Vorgehen soll eine allgemeine und vollständige Übersicht des Materials liefern, das für den operativen Einsatz der föderalen Polizei benötigt wird (Ausrüstung, Fahrzeuge, Computer, Telekommunikation, Möbel,...). Die Logistikpolitik wird durch eine vorausschauende Investitionsstrategie gestützt und im Rahmen einer Mehrjahresplanung ausgebaut werden.

Die föderale Polizei für 'Salduz' bereit

Am 1. Januar 2012 trat das 'Salduz'-Gesetz in Kraft, das jeder zu vernehmenden und festgenommenen Person gewisse Rechte verleiht (bspw. das Recht, sich mit einem Anwalt zu beraten und von diesem Anwalt beigestanden zu werden).

Damit diese Regelung auf optimale Weise umgesetzt werden konnte, mussten Anpassungen in unserem Polizeisystem vorgenommen werden. Eine Bewertung und Einschätzung der dafür benötigten Zeit sowie des Bedarfs erwiesen sich jedoch als langwierig.

Bevor das Gesetz in Kraft trat, wurden zahlreiche proaktive Maßnahmen eingeleitet. Die Einführung des 'Salduz'-Gesetzes geschah für die integrierte Polizei ab dem 24. und 26. August 2011. Es wurden vier Informationssitzungen (zwei in niederländischer und zwei in französischer Sprache) mit jeweils 70 Ausbildern organisiert. Diese Informationssitzungen vermittelten den Inhalt des Textentwurfs des Rundschreibens 8/2011 des Kollegiums der Generalprokuratoren und sollten die Ausbilder ihrerseits in die Lage versetzen, bis zum 1. Januar 2012 alle Mitglieder der integrierten Polizei zu schulen.

Zusätzlich zu diesen Informationssitzungen wurden für die Ausbilder ebenfalls vier Versammlungen in den Monaten September und Oktober 2011 organisiert. Arbeitsgruppen wurden gegründet. Eine der Arbeitsgruppen besaß die Aufgabe, Antworten auf die grundlegenden Fragen zu 'Salduz' zu finden.

Ferner entstanden Internet- und Intranetseiten, auf denen die Antworten zu den am häufigsten gestellten

Fragen (FAQ) veröffentlicht wurden, sowie Informations- und Beratungsstellen auf Ebene der Magistratur und der Polizei, die praktische und aktualisierte Informationen (dem Bedarf an der Basis entsprechend) vermittelten.

Dank der Organisation der Informationssitzungen und der Entwicklung von Informationsträgern konnte die föderale Polizei den auf dem Gelände entstehenden Schwierigkeiten vorgreifen und dadurch erreichen, dass das Inkrafttreten dieses straffen Gesetzes für die rund 30 000 Beamten ohne Zwischenfälle verlief. Der proaktiven Arbeit und der gründlichen Vorbereitung war es zu verdanken, dass die föderale Polizei am 1. Januar die 'Salduz'-Regelung umsetzen konnte. Entgegen der Befürchtungen zahlreicher Partner der Justiz und der Polizeibeamten, stellte der Beistand durch einen Anwalt während der Vernehmung eines Verdächtigen in 90% der Fälle keinerlei Problem dar.

Da dieses Gesetz nun in Kraft ist, sind der Ausbau und die Erhaltung des Kenntnisstands der Polizeibeamten auf diesem Gebiet das Hauptziel. Auf nationaler Ebene wird die föderale Polizei auch weiterhin in die 'Salduz'-Problematik einbezogen. Sie hat aktiv an vier qualitativen und quantitativen Bewertungen der Anwendung des Gesetzes beigetragen und ihre Beobachtungen zwecks eventueller Verbesserungen an die Dienststelle für Kriminalpolitik (FÖD Justiz) weitergereicht.

Auf europäischer Ebene beobachtet die föderale Polizei ebenfalls die Entwicklungen der europäischen Regelungen in Bezug auf das Recht auf Verteidigung. Es handelt sich um europäische Richtlinien, die das 'Salduz'-Gesetz sowie die Arbeit Tausender Polizeibeamter auf dem Gelände in Zukunft unweigerlich beeinflussen werden.





SCHLUSSFOLGERUNGEN

Dieser Gesamtüberblick bildet den ersten Teil des Jahresberichts der föderalen Polizei. Er enthält die Vision und Strategie, sowie einige Initiativen und Umsetzungen, die das Jahr 2012 gekennzeichnet haben.

Wenn Sie mehr über die Tätigkeiten der föderalen Polizei erfahren möchten, empfehlen wir Ihnen die Internetseite www.jahresbericht.foederalepolizei.be aufzurufen, auf der Sie zusätzliche und vollständigere Informationen zu diesem Thema finden.

Wir hoffen, unser Ziel hiermit erreicht zu haben: die Arbeit und die Ergebnisse der föderalen Polizei dem Leser auf deutliche, innovative und verständliche Weise zu vermitteln.

Das Jahr 2012 war ein Jahr mit zahlreichen Herausforderungen. 2013 wird sich daran sicherlich anschließen.

Näheres zu diesem Thema: www.jahresbericht.foederalepolizei.be

